

# Dokumentation

## RENN.west ARENA 2020

Die Corona-Krise als Chance für eine  
Nachhaltige Entwicklung?

- eine (erste) Bestandsaufnahme

24.09.2020 | Europäische Akademie Otzenhausen | Saarland



Das Jahr 2020 steht im Zeichen der Corona-Pandemie. Das gesellschaftliche Leben ist eingeschränkt, krisenunbeständige Schwachstellen werden sichtbar, die Wirtschaft kämpft. Die in diesem Zuge bisher auf den Weg gebrachten Maßnahmen zur Krisenbewältigung standen im Mittelpunkt der 4. Jahrestagung der Regionalen Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West (RENN.west) am 24. September 2020. 50 geladene Expert\*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft diskutierten in der Europäischen Akademie Otzenhausen über das Gelingen einer sozial-ökologischen Transformation und notwendige Kurskorrekturen in Zeiten der Coronakrise.

In parallelen Workshops - „bRENNpunkten“ - sowie in einem anschließenden Fachaustausch mit Dr. Marc-Oliver Pahl, Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung, wurden die folgenden Themenschwerpunkte diskutiert:

- Landwirtschaft & Biodiversität - Notwendige Kurskorrekturen aktueller Strategien für ein gesundes Landwirtschaftssystem
- Klimawandel und Corona-Pandemie - Strategien zur Krisenbewältigung mit Blick auf soziale Ungleichheit
- Strukturwandel - Die Rolle aktueller Konjunkturprogramme für sozial-ökologische Strukturwandelprozesse

Diese Dokumentation skizziert die zentralen Fragestellungen, Diskussionen und Ergebnisse der Veranstaltung.

## Inhalt

Programm .....	2
Auftakt, Begrüßung und Einführung.....	3
Keynote: „Krisenbewältigung als Chance für eine Nachhaltige Entwicklung?“ .....	4
Interviewreihe „RENN.west fragt nach“ .....	5
bRENNpunkte: 3 parallele Diskussionsforen .....	6
bRENNpunkt I: Landwirtschaft & Biodiversität: Notwendige Kurskorrekturen aktueller Strategien für ein gesundes Landwirtschaftssystem.....	6
bRENNpunkt II: Klimawandel und Corona-Pandemie: Strategien zur Krisenbewältigung mit Blick auf soziale Ungleichheit.....	9
bRENNpunkt III: Strukturwandel: Die Rolle aktueller Konjunkturprogramme für sozial-ökologische Strukturwandelprozesse .....	12
Ergebnisdarstellung.....	15
Fachaustausch zu den Impulsen aus den bRENNpunkten: Kurskorrekturen & Handlungsansätze für eine Nachhaltige Entwicklung .....	16
Schlussworte.....	20

# Programm

Zeit	Programmpunkt
10:15	<b>Einführung und Begrüßung</b> <b>Dr. Hannah Büttner</b> , Moderatorin <b>Prof. Dr. Klaus Helling</b> , Dekan FB Umweltwirtschaft/-recht, Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier   RENN.west <b>Dr. Antje Schönwald</b> , Studienleitung Bildung für nachhaltige Entwicklung an der Europäischen Akademie Otzenhausen   RENN.west
10:30	<b>Keynote: „Krisenbewältigung als Chance für eine Nachhaltige Entwicklung?“</b> <b>Ulla Burchardt</b> , Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung
11:00	<b>Vorstellung der Interviewreihe „RENN.west fragt nach“</b> <b>Dr. Klaus Reuter</b> , Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW)   Konsortialführer RENN.west
11:10	<b>bRENNpunkte: drei parallele Diskussionsforen   Phase 1</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>bRENNpunkt I:</b> Landwirtschaft &amp; Biodiversität: Notwendige Kurskorrekturen aktueller Strategien für ein gesundes Landwirtschaftssystem</li> <li>- <b>bRENNpunkt II:</b> Klimawandel und Corona-Pandemie: Strategien zur Krisenbewältigung mit Blick auf soziale Ungleichheit</li> <li>- <b>bRENNpunkt III:</b> Strukturwandel: Die Rolle aktueller Konjunkturprogramme für sozial-ökologische Strukturwandelprozesse</li> </ul>
12:30	Mittagspause
13:30	<b>bRENNpunkte: drei parallele Diskussionsforen   Phase 2</b>
15:00	Kaffeepause
15:30	<b>Darstellung der Ergebnisse der bRENNpunkte</b>
16:00	<b>Fachaustausch zu den Impulsen aus den bRENNpunkten: Kurskorrekturen &amp; Handlungsansätze für eine Nachhaltige Entwicklung</b> <b>Dr. Marc-Oliver Pahl</b> , Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) und <b>Vertreter*innen aus den bRENNpunkten:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Michael Hauer</b>, Geschäftsführer der Energieagentur Rheinland-Pfalz</li> <li>- <b>Meike Packeiser</b>, Fachgebietsleiterin Nachhaltigkeit und Entwicklung ländlicher Räume bei der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) e.V.</li> <li>- <b>Carina Webel</b>, Abteilungsleiterin für Wirtschafts- und Umweltpolitik bei der Arbeitskammer des Saarlandes</li> </ul>
17:00	<b>Schlussworte</b> <b>Dr. Klaus Reuter</b> , Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW)   Konsortialführer RENN.west
17:10	Ausklang und Netzwerkempfang



# Auftakt, Begrüßung und Einführung

**Dr. Hannah Büttner**, Moderatorin

---



Dr. Hannah Büttner begrüßt die Gäste der 4. Jahreskonferenz von RENN.west und führt in das Programm sowie die Zielsetzung der Tagung ein. Anschließend erläutert sie die Besonderheit der diesjährigen Jahrestagung: vor dem Hintergrund der aktuellen Krisensituation wird die Veranstaltung in einem neuen Format als Fachgespräch mit 50 geladenen Fachexpert\*innen durchgeführt.

**Dr. Antje Schönwald**, Studienleitung Bildung für nachhaltige Entwicklung an der Europäischen Akademie Otzenhausen | RENN.west

---



Als Vertreterin des Tagungshauses der Europäischen Akademie, die auch zu den RENN.west Partnern gehört, begrüßt Dr. Antje Schönwald die Teilnehmenden. Sie stellt kurz die Geschichte der gemeinnützigen Bildungseinrichtung vor und geht anschließend auf die inhaltlichen Aktivitäten der Europäischen Akademie im Kontext Nachhaltiger Entwicklung ein. Hierbei hebt sie besonders die 2008 begründete Initiative "Mut zur Nachhaltigkeit" hervor, die u.a. für die Verleihung des

ZEIT-WISSEN-Preises für Nachhaltigkeit verantwortlich ist.

**Prof. Dr. Klaus Helling**, Dekan FB Umweltwirtschaft/-recht, Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier | RENN.west

---



Prof. Dr. Klaus Helling schließt sich den Begrüßungsworten an und gibt einen Rückblick über die zahlreichen Aktivitäten von RENN.west im vergangenen Jahr. So habe sich die Netzstelle intensiv auf der kommunalen Ebene engagiert und die Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategien unter anderem in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland erfolgreich begleiten können.

# Keynote: „Krisenbewältigung als Chance für eine Nachhaltige Entwicklung?“

**Ulla Burchardt**, Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung

---



Ulla Burchardt nimmt ein halbes Jahr nach Beginn der COVID-19-Pandemie als Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) in ihrer Keynote eine Standortbestimmung der Nachhaltigkeitspolitik vor. Mitten in der aktuellen Krisensituation stellt sie sich die Frage: „Brauchen wir erst Krisen, um zu lernen?“

Sie konstatiert, dass das Rezept zur Krisenbewältigung ein gut ausgestatteter und vorsorgender Staat sei, der werte- und wissensbasiert sowie konsequent handeln könne und das Gemeinwohl über Lobbyinteressen stelle. In Verbindung mit einer erfolgreichen Kommunikationsstrategie sei in den vergangenen Monaten Vertrauen hergestellt und politische Stabilität gesichert worden. Diese positiven Elemente sollten auch für die Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland relevant werden.

Die Corona-Krise habe zudem verschiedene Schwachstellen des Systems deutlich gemacht: so hätte sich die soziale Ungleichheit gefestigt, systembedingte Verwerfungen seien beispielsweise durch die Vorfälle in der Fleisch- und Ernteindustrie in den Mittelpunkt gerückt und systemrelevante Berufe unterschätzt worden. Diese Schieflagen und mangelnde Resilienz in den verschiedenen systemrelevanten Bereichen gelte es zukünftig zu beheben. Insbesondere im Kontext der großen Herausforderungen wie dem Klimaschutz und dem Erhalt der Artenvielfalt seien entscheidende Schritte im nächsten Jahrzehnt zu beachten, um aus dieser Krise zu lernen. Die Deutsche Nachhaltigkeitspolitik habe durch die Corona-Krise eine gute Vorlage zur Weiterentwicklung erhalten, die nun genutzt werden müsse.

# Interviewreihe „RENN.west fragt nach“

**Dr. Klaus Reuter**, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.  
(LAG 21 NRW) | Konsortialführer RENN.west

---



Im Interview mit Moderatorin Dr. Hannah Büttner berichtet Dr. Klaus Reuter über die Hintergründe zur Interviewreihe „RENN.west fragt nach“. Zu Beginn der Covid-19 Pandemie und während des Lockdowns im Frühjahr 2020 sei der Zeitpunkt für viele in der Gesellschaft gekommen, inne zu halten. Gleichzeitig habe man mit Routinen gebrochen und gesellschaftliche Schwachstellen seien deutlich geworden. Der Ruf, die Krise als Chance zu nutzen, sei aus zahlreichen Ecken gekommen, da sich neue Möglichkeiten eröffnen würden, aus alten Pfadabhängigkeiten auszubrechen.

RENN.west habe dies zum Anlass genommen, mithilfe digitaler Angebote wie Videointerviews und Podcasts den Nachhaltigkeitsdiskurs auch während der Corona-Krise weiterzuführen. Die katastrophalen Folgen der Pandemie würden die Gesellschaft noch viele Jahre begleiten und dennoch sei bereits zu Beginn über die Chancen für eine Nachhaltige Entwicklung nachgedacht worden, welche durch die Krise entstünden. Über verschiedene Perspektiven auf diese Chancen, aber auch auf die Herausforderungen der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen habe man mit verschiedenen interessanten Persönlichkeiten aus Kommunen, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gesprochen.

Das Ergebnis dieser Interviews sind kurze eingängige Videos sowie vertiefende Podcasts. Dr. Klaus Reuter zieht ein erstes Fazit: „Die Befragten haben sowohl ganz unterschiedliche als auch ähnliche Erfahrungen gemacht, aber alle gesellschaftlichen Bereiche wurden stark von der Krise beeinflusst. Deutlich wird, dass die meisten einen starken Handlungsdruck aber auch neue Möglichkeiten für eine Nachhaltige Entwicklung sehen“.

Als Teaser zu der Videoreihe wird ein Ausschnitt aus dem Interview mit Rudi Bertram (ehem. Bürgermeister von Eschweiler) gezeigt, der auf die Rolle der Kommunen als Schlüsselakteure in der Krisenbewältigung blickt. Alle Videos werden in den kommenden Wochen und Monaten sukzessive auf der RENN.west-Homepage veröffentlicht.

## bRENNpunkte: 3 parallele Diskussionsforen

Die übergeordnete Fragestellung der ARENA wird anschließend in drei parallelen Diskussionsforen, den *bRENNpunkten*, vertieft. Eingeladene Fachvertreter\*innen erörtern die Auswirkungen der Pandemie auf das jeweilige Themenfeld und diskutieren konkrete Vorschläge zu notwendigen Kurskorrekturen.

### *bRENNpunkt I: Landwirtschaft & Biodiversität: Notwendige Kurskorrekturen aktueller Strategien für ein gesundes Landwirtschaftssystem*

In diesem *bRENNpunkt* wird diskutiert, wie es gelingen kann, die verschiedenen politischen Strategien auf EU- und Bundesebene im Themenfeld Landwirtschaft und Biodiversität kongruent zu gestalten und umzusetzen – und somit ein gesundes Landwirtschaftssystem für Mensch, Tier und Natur zu schaffen. **Sorgt die Corona-Krise für das notwendige Momentum, um das Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung auch in der Landwirtschaft zu verankern?**

Expert\*innen:

- **Peter Schmidt**, Vizepräsident der Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA); Referatsleiter Internationales der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)
- **Yannik Zender**, stellvertretender Vorsitzender der Landjugend Rheinland-Nassau
- **Karl Rudi Reiter**, stellvertretender Vorsitzender des NABU Saarland

Workshopmoderation und Protokoll:

- **Daniela Baum**, RENN.west | Germanwatch
- **Ana Stevanović**, RENN.west | LAG 21 NRW

#### **Landwirtschaft und Biodiversität im Licht der Corona-Krise**

Zum Einstieg führt Daniela Baum in aktuelle Hintergründe der Thematik mit Bezug auf den European Green Deal (Farm-to-Fork-Strategie und Biodiversitätsstrategie) und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) ein. In den Bereichen Landwirtschaft und Biodiversität würden die Trends darauf hindeuten, dass die in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie definierten Ziele verfehlt werden. Obwohl die Landwirtschaft ein wirkungsvoller Hebel für Biodiversitätsschutz sei, da sie Auswirkungen auf verschiedene Faktoren wie Boden-, Wasser- und Luftqualität habe, fehle hierzu eine Steuerungswirksamkeit der DNS. Auch der Europäische Rechnungshof attestiere der aktuellen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) vor dem Hintergrund der bevorstehenden Reform kaum Wirksamkeit (z.B. im Hinblick auf Artenschutz oder den Erhalt von Betrieben).

#### **„Die Zeit ist reif für einen Wechsel zu einer fairen und nachhaltigen Lebensmittelversorgungskette“**

Peter Schmidt vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und der NGG betont, wie wichtig der Blick auf die gesamte Lebensmittelkette sei, statt nur die Landwirtschaft als Schuldige für den Artenverlust anzuklagen. Auch die multinationalen Lebensmittelkonzerne hätten ihren Anteil an dem bislang nicht nachhaltigen System.





Unfaire Arbeitsbedingungen in der Lebensmittelkette seien nicht zuletzt durch die Corona-Krise wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gespült worden. Dennoch finde sich dazu in der Farm-to-Fork-Strategie nichts. Politik schlage fehl, wenn so viele Landwirt\*innen aufgeben müssten und es müsse die Debatte geführt werden, wie Steuerzahler\*innen die Landwirt\*innen versorgen, damit sie nachhaltig wirtschaften können. Er kritisiert, dass der Fokus weiterhin darauf liege, möglichst viel zu produzieren, ohne auf die Bedingungen zu achten.

### **„Nachhaltigkeit braucht Planungssicherheit“**

Yannik Zender von der Landjugend Rheinland-Nassau stellt fest, dass die Landwirtschaft relativ gut durch die Krise gekommen sei. Schwierigkeiten und große Verluste hätten vor allem Betriebe gehabt, die auf Saisonkräfte angewiesen seien und teilweise bis zu einem Drittel der Ernte nicht hätten einbringen können. Als Chance sieht er, dass die Landwirtschaft als systemrelevant anerkannt wurde und ein stärkeres Bewusstsein für Regionalität entstanden sei – durch Direktvermarktung könnten Landwirt\*innen mehr Wertschöpfung und Wertschätzung erlangen. Die Erwartung der Landjugend an die „Zukunftskommission Landwirtschaft“ der Bundesregierung sei, dass sie Wege aufzeige, um die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen näher zusammenzuführen und nachhaltiges Wirtschaften möglich zu machen; die Ergebnisse sollten Bestand haben und damit Planungssicherheit bieten.

### **„Landwirtschaft in der Produktionssackgasse“**

Karl Rudi Reiter, stellvertretender Vorsitzender des NABU Saarland, sieht die wachstumsorientierte Landwirtschaft in einer Sackgasse: Die Landwirtschaft sei zunehmend vom Boden entkoppelt – Futtermittel müssten importiert und somit Ressourcen ausgebeutet werden. Deshalb seien höhere Produktpreise notwendig, damit über die Betriebsfläche der Ertrag und damit ein gutes Einkommen erwirtschaftet werden könne. Das wesentliche Ziel sei, die industrielle Landwirtschaft zu kleinteiliger, regionaler Landwirtschaft umzubauen und 100% ökologischen Landbau zu erreichen – auch wenn dies nicht sofort umsetzbar sei. Das Saarland gehe hier mit gutem Beispiel voran und liege bereits bei über 15% Ökolandbaufläche. Er äußert die Hoffnung, dass die Corona-Krise die Menschen etwas zum Nachdenken gebracht habe und dies zu einem reduzierten Ressourcenverbrauch führe – befürchtet allerdings gleichzeitig, dass die Lerneffekte schnell verpuffen.

### **Diskussion über Herausforderungen und Chancen**

In der anschließenden Diskussion zur Situationsanalyse wird vor allem der Aspekt des Bewusstseinswandels durch die Corona-Krise aufgegriffen und es wurde diskutiert, inwiefern sich das Umdenken in tatsächliche Veränderungen verwandeln lässt. Die Verbraucher\*innen hätten sich durch Homeoffice und Selbstverpflegung verstärkt mit gesunder Ernährung beschäftigt, aber auch die Natur neu wahrgenommen und stärker wertgeschätzt. Die Natur habe als Erholungsraum, in dem freies Bewegen möglich ist, an Bedeutung gewonnen. Durch die veränderte Wahrnehmung seien aber durchaus auch Spannungsfelder entstanden (Natur – Landwirtschaft), die gelöst werden müssten.



Positiv hervorgehoben wird, dass Landwirt\*innen während der Krise viel Anerkennung erfahren hätten und die Hofläden stark besucht worden seien. Obwohl sich die Arbeitsbedingungen in Teilen der Wertschöpfungskette komplett verändert hätten, seien die Lieferketten nicht abgebrochen.



Ein Erkenntnisgewinn sei zudem, dass Prozesse, die zuvor langwierig schienen (wie z.B. Unterbringungsmöglichkeiten für Erntehelfer\*innen zu verbessern), plötzlich kurzfristig möglich gewesen seien. Das zeige: es geht, wenn wir wollen – wir bräuchten nur den notwendigen Druck.

### Notwendige Maßnahmen und Handlungsempfehlungen

Mehrere Teilnehmende äußern, dass der Wille zu mehr Biodiversitätsschutz unter Landwirt\*innen durchaus bestehe, doch das Wissen zur Umsetzung oft fehle. Daher solle die **Aus- und Weiterbildung** von Landwirt\*innen zum Biodiversitätsschutz (bzw. Agrarökologie) umstrukturiert und gestärkt werden. Hierzu wird das Konzept der „Biodiversitätsberater“ vorgestellt, das die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) entwickelt hat.



Eine verstärkte **Direktvermarktung** durch Landwirt\*innen stärke deren Position in der Wertschöpfungskette. Hierfür müsse die Politik unterstützende Rahmenbedingungen schaffen. Auch sollten Marktzugänge für kleinere und mittlere Betriebe erleichtert werden, um eine ge-

wisse Unabhängigkeit der Betriebe von Strukturen des Lebensmittelhandels zu schaffen. Grundsätzlich solle die **Verhandlungsmacht der Landwirt\*innen** gegenüber dem Lebensmittelhandel gestärkt werden.

Im Kontext der Regionalisierung von Ernährungssystemen wird vorgeschlagen, **Ernährungsräte** auf verschiedenen politischen Ebenen (z.B. Kommune, Region) einzurichten. Damit könne Ernährungspolitik stärker regionalisiert und Wertschöpfung regional mitgestaltet werden.

Als Anspruch an den **Lebensmittelhandel**, aber auch an politische Rahmenbedingungen, wird formuliert, dass Produkte künftig nicht unter dem Erzeugerpreis verkauft werden dürften. Damit verbundene **Preissteigerungen** (auch z.B. im Fleischsektor aufgrund von höheren Tierschutzstandards) müssten mit einer Akzeptanz seitens der Verbraucher\*innen einhergehen, die wiederum durch verstärkte Ernährungsbildung im Sinne von Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) geschaffen werden könne.

Der **Ernährungsbildung** von Verbraucher\*innen im Sinne von BNE, z.B. in Form von wirksamen Kampagnen, wird eine hohe Bedeutung beigemessen. Solche Kampagnen gebe es zwar bereits, z.B. „Zu gut für die Tonne“, doch seien diese teilweise nicht themenübergreifend oder wirksam genug. Eine höhere Wirksamkeit sei hier zu gewährleisten.

Explizite Forderungen an politische Entscheidungsträger\*innen zur Anpassung von politischen Rahmenbedingungen werden ebenfalls gesammelt. So wird einstimmig die Forderung formuliert, das aufgedruckte **Mindesthaltbarkeitsdatum von Lebensmitteln abzuschaffen**, um Lebensmittelverschwendung zu bekämpfen. Mit konkretem Bezug zur Umweltwirksamkeit der Landwirtschaft wird die Idee diskutiert, die **Reduktion von Pflanzenschutzmitteln** durch eine Ausgabe „auf Rezept“ zu regeln, wie z.B. bei Medikamenten. Kontrovers diskutieren die Teilnehmenden hier, ob es in konventioneller Bewirtschaftung überhaupt möglich ist, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in großem Maße zu reduzieren.

Die Bedeutung der GAP wird hervorgehoben und mehrfach betont, dass eine **Umschichtung von Mitteln** aus der 1. Säule in die 2. Säule der GAP, die u.a. Agrarumweltmaßnahmen ermöglicht, wünschenswert sei. Zusätzlich sollten die Agrarumweltmaßnahmen effektiver ausgerichtet werden.

Die Teilnehmenden stimmen darin überein, dass sich Maßnahmen für mehr Biodiversität in der Landwirtschaft auf alle Betriebe beziehen sollten, sowohl die konventionell wirtschaftenden als auch die ökologisch wirtschaftenden. Die folgenden vier Maßnahmen<sup>1</sup> werden als prioritär bewertet und richten sich als Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung:

1. Definition von Nachhaltigkeitsstandards auf EU-Ebene
2. Verbot unfairer Handelspraktiken auf EU-Ebene
3. Vergabe öffentlicher (GAP-)Gelder nur für öffentliche Leistungen mit Beitrag zu Biodiversität und Klimaschutz
4. Erfüllung einer Steuerungsfunktion im Sinne der SDGs durch eine reformierte GAP

## *bRENNpunkt II: Klimawandel und Corona-Pandemie: Strategien zur Krisenbewältigung mit Blick auf soziale Ungleichheit*

Die Corona-Krise zeigt, dass in der Krisenbewältigung – sowohl im Kampf gegen Corona als auch gegen den Klimawandel – eine soziale Ungleichheit besteht. In diesem *bRENNpunkt* wird diskutiert, welche Instrumente und Maßnahmen im Sinne einer doppelten Krisenbewältigung klima- und sozialverträglich sind. Wie kann also beim Klimaschutz der Grundsatz der Agenda 2030 „leave no one behind“ praktisch umgesetzt und dadurch sozialen Ungleichheiten national und global entgegengewirkt werden?

Expert\*innen:

- **Michael Hauer**, Geschäftsführer der Energieagentur Rheinland-Pfalz | RENN.west
- **Sabine Minninger**, Referentin Klimapolitik, Brot für die Welt

Workshopmoderation und Protokoll:

- **Jennifer Gatzke**, RENN.west | ANU Hessen
- **Patrick Weirich**, RENN.west | ELAN

### **Doppelte Krisenbewältigung und soziale Ungleichheit**

Im Kurzüberblick von Patrick Weirich von ELAN und Jennifer Gatzke von der ANU Hessen wird zunächst zusammengefasst, inwiefern die Corona- und Klimakrise auf nationaler und globaler Ebene zusammenhängen würden. Dabei werde deutlich, dass vor allem ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Länder in doppelter Weise negativ betroffen seien. Sowohl die Maßnahmen des „Corona-Konjunkturpaketes“ der Bundesregierung als auch der European Green Deal würden eben diese Bevölkerungsgruppen und Länder des Globalen Südens zu wenig entlasten oder unterstützen. Es ergibt sich die These, dass für einen sozial gerechten Klimaschutz die angedachten Maßnahmen noch ergänzt oder ausgeweitet werden müssten - auch in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.



<sup>1</sup> Teilweise wurden diese Maßnahmen im Nachgang aus Gründen der Konkretisierung leicht angepasst.

## „Wie sozial gerecht ist das EEG?“

Michael Hauer von der Energieagentur RLP ergänzt diese Zusammenfassung mit Blick auf ein ausgewähltes nationales Thema – das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Dabei thematisiert er insbesondere, an welchen Stellen Änderungsbedarfe bestünden, um das EEG und die EEG-Umlage sozial gerechter zu gestalten. Er fasst zusammen, dass vor allem das Verursacherprinzip bei der Finanzierung der Energiewende im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit nicht genügend beachtet werde. So seien Privathaushalte unverhältnismäßig mehr durch EEG-Umlagen belastet als die Industrie, die zum Teil durch die sog. „besondere Ausgleichsregelung“ privilegiert werde. Zudem würden Erneuerbare Energien zu Unrecht als teuer wahrgenommen, obwohl dies in der Realität nicht der Fall sei. Vielmehr seien konventionelle Energien in der Wahrnehmung nur deswegen günstiger, da bei ihnen weder Folgekosten wie Atomendlager-Kosten, noch der verursachte CO<sub>2</sub>-Ausstoß eingepreist seien. So beziffere das Umweltbundesamt die Klimakosten für eine Tonne Kohlendioxid mit 180 Euro (t CO<sub>2</sub>). Auch der Flugverkehr werde gegenüber Bahn und Bus unverhältnismäßig durch ungleiche Belastungen bei Energiesteuer und Umlagen privilegiert.

## „Wirksame Klimapolitik und Globale Gerechtigkeit“

Sabine Minninger von Brot für die Welt bringt in ihrem Beitrag die globale Perspektive eines sozial gerechten Klimaschutzes mit ein und hebt vor allem die ungleiche Verteilung der Klimarisiken sowie die ungleichverteilte Resilienz/Widerstandskraft gegenüber Auswirkungen von Extremwetterlagen hervor. Zum Teil seien Länder des Globalen Südens mit der Entscheidung konfrontiert, welches der Risiken sie abwenden könnten und welches in Kauf nehmen müssten. So sei ein gleichzeitiger Schutz sowohl vor Extremwetterereignissen als auch vor Corona zum Teil kaum möglich, erklärt sie an einem aktuellen Beispiel einer Überschwemmung in Bangladesch durch den Zyklon Aila im September diesen Jahres. Die Corona-Krise treffe Menschen im Globalen Süden deutlich schwerer als im Norden und eine sozial gerechte Klimapolitik sei daher wichtiger denn je. Hier sei das Pariser Klimaabkommen zwar ein bedeutender Schritt, die EU-Klimaziele seien jedoch kaum noch zu erreichen, wenn nicht massiv umgesteuert werde. Hier müsse auch Deutschland stärker in die Pflicht genommen werden, eine ambitionierte Verkehrs-, Agrar- und Energiewende anzugehen.

## Diskussion über Herausforderungen und Chancen

Negative Auswirkungen der Krise auf sozial gerechten Klimaschutz sehen die Teilnehmenden vor allem in Bezug auf Finanzierungsfragen. So sei aktuell die Klimaschutzfinanzierung in Ländern des Globalen Südens deutlich in den Hintergrund gerückt. Auch in Bezug auf den Ausbau von nachhaltiger Mobilität sei eine Stagnation der Anstrengungen zu befürchten, da beispielsweise der ÖPNV durch die Corona-Krise weniger genutzt werde, einerseits aufgrund von befürchteten Ansteckungen, andererseits durch einen vorübergehend erhöhten Anteil an Menschen, die im Home-Office arbeiten. Beides habe wiederum jedoch auch positive Seiten, schließlich seien mehr Menschen auf das Fahrrad umgestiegen und Home-Office sowie Home-Schooling habe einen Digitalisierungsschub gefördert, der zum Teil Verkehr generell und Dienstreisetätigkeiten stark vermindert habe. Hier sei die Chance erkennbar, das neue Mobilitätsverhalten zu analysieren und zu identifizieren, welche insbesondere auch sozialen Aspekte künftig im Sinne des Klimaschutzes beibehalten und gefördert werden könnten, z.B. Mobilität mit dem Fahrrad oder digitale Veranstaltungen. Andererseits



sei offensichtlich, dass die Digitalisierung zunächst mit einem wachsenden Energiebedarf einhergehe. Als weitere Chance wurde eine neue Themenschwerpunktsetzung bei der Daseinsvorsorge identifiziert. Hier sei der ÖPNV und die Energieversorgung und -netze in den Fokus gerückt. Schließlich müsse bezahlbare saubere Mobilität und Energie für alle zur Verfügung gestellt werden können.

### **Notwendige Maßnahmen und Handlungsempfehlungen**

In dem *bRENNpunkt* wurden zu den Bereichen SDG 1 (Armut), SDG 7 (Bezahlbare Energie) und SDG 11 (Mobilität und Wohnen) vor allem Maßnahmen mit Blick auf die Umsetzung in Deutschland diskutiert. Im Hinblick auf SDG 13 (Klimaschutz) und SDG 17 (Partnerschaften) wurden Maßnahmenvorschläge inklusive Umsetzungsmöglichkeiten mit und durch Deutschland gesammelt. Neben Maßnahmen mit einem Schwerpunkt auf Finanzierung wurden auch Maßnahmen im Bereich Steuerung und Regulation sowie im Bereich Kommunikation und Bildung diskutiert.

Insgesamt sind im Workshop sechs Prämissen identifiziert worden, denen die unterschiedlichen Maßnahmen zugeordnet werden können und die stärker als bisher in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie Berücksichtigung finden sollten<sup>2</sup>:

1. Stärkung der Teilhabe und Partizipation der Bürger\*innen an der Energiewende: Stärkung der Bürgergenossenschaften und des unmittelbar damit verbundenen Ehrenamtes, Abbau von Barrieren der Eigenstromversorgung, Förderung der Klimabildung im Globalen Norden und im Globalen Süden, Stärkung der Kommunikation auf Augenhöhe/Peer-to-Peer z.B. bei Energieberatungen
2. Energiewende niederschwellig gestalten: Befreiung der Eigenstromversorgung von Umlagen, Abbauen von Barrieren bei Förderprogrammen für Kommunen, operative Unterstützung von Ehrenamt im Bereich Erneuerbare Energien, erleichterter Zugang zu Mitteln für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung im Globalen Süden
3. Klimagerechtigkeit im Sinne des Verursacherprinzips stärken: Lieferkettengesetz, Umverteilung von Umweltfolgekosten global und national, Auswirkungen der Klimakrise in Völker- und Menschenrechtsfragen miteinbeziehen, Umverteilung von Klimawandelfolgekosten, Gestaltung von Subventionen nach dem Verursacherprinzip
4. Förderprogramme sowie erfolgreiche Ansätze im Kampf gegen den Klimawandel verstetigen: längerfristige Förderprogramme, Know-How-Transfer, Lernen aus dem Mobilitätsverhalten während der Corona-Krise
5. Transparenz und Monitoring hinsichtlich sozialer Aspekte der Energiewende ausbauen: Sozialindikator für SDG7 einführen, Energiearmut mit Indikator messbar machen (z.B. Anzahl der Stromsperren), volkswirtschaftlichen Nutzen des Klimaschutzes sichtbar machen
6. Staatliche Strukturvorsorge verbessern: Netze in staatliche und kommunale Hand im Globalen Norden und Globalen Süden, Neuausrichtung der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge, Aufbau eines Klimafonds, Stärkung des UN-Menschenrechtsrates

---

<sup>2</sup> Teilweise wurden diese Maßnahmen im Nachgang aus Gründen der Konkretisierung leicht angepasst.



## *bRENNpunkt* III: Strukturwandel: Die Rolle aktueller Konjunkturprogramme für sozial-ökologische Strukturwandelprozesse

In diesem *bRENNpunkt* wird die Frage gestellt, ob wir uns mit den aktuellen Konjunkturprogrammen auf dem richtigen Weg eines nachhaltigen, vollumfassenden wirtschaftlichen Umbaus befinden, der im Einklang steht mit den SDGs und den Nachhaltigkeitsstrategien von Bund und Ländern. In einem breiten Austausch zum Thema Strukturwandel werden neue technologische Wege, Innovationspotenziale und die Frage, was wir aus vergangenen Strukturwandelprozessen in der RENN.west-Region für zukünftige Herausforderungen lernen können, diskutiert.

Expert\*innen:

- **Heiko Skambraks**, Projektmanager des Revierknoten Energie der Zukunftsagentur Rheinisches Revier, EnergieAgentur.NRW
- **Carina Webel**, Abteilungsleiterin für Wirtschafts- und Umweltpolitik bei der Arbeitskammer des Saarlandes
- **Sabine Yacoub**, Vorsitzende BUND Rheinland-Pfalz

Workshopmoderation und Protokoll:

- **Michael Matern**, RENN.west | Umwelt-Campus Birkenfeld
- **Mona Rybicki**, RENN.west | LAG 21 NRW

### Strukturwandel im Licht der Corona-Krise

Strukturwandel als einen ökologisch-sozialen Transformationsprozess vor dem Hintergrund der Klimakrise und des Artensterbens verstehen – so beginnt Michael Matern den *bRENNpunkt* und leitet damit die Debatte über die besonderen Chancen und Herausforderungen des Strukturwandels in Krisenzeiten ein. So könne die Krise zum großen Treiber des Transformationsprozesses werden, der aber einen gleichzeitigen grundsätzlichen gesamtgesellschaftlichen und politischen Diskurs erfordere.

### Transformation des Konsums

Heiko Skambraks, Projektmanager des Revierknotens Energie der Zukunftsagentur Rheinisches Revier bei der EnergieAgentur.NRW, liefert Hintergründe und Zahlen zum Strukturwandel in NRW. Er betont, dass die Energieerzeugung ebenso wie die Nutzung transformiert werden müsse, denn mit Erneuerbaren Energien könne die Produktion nicht auf dem aktuellen Level gehalten werden. Als Herausforderungen spricht er insbesondere Konkurrenz bei der Flächennutzung, umfassende Veränderungsprozesse der Lebenswelten der Menschen vor Ort sowie breitangelegte Beteiligung in Zeiten von Corona an.



### Neuausrichtung der industriellen Wertschöpfung

Carina Webel, Abteilungsleiterin für Wirtschafts- und Umweltpolitik bei der Arbeitskammer des Saarlandes, erläutert die besonderen Herausforderungen im Saarland: Stahlindustrie und Automobilindustrie sowie zuliefernde Betriebe, hohe Exportabhängigkeit und fehlende Transformationsstrategien. Dabei betont sie die Bedeutung eines handlungsfähigen Staates. Der Markt würde nicht alles regeln, wenn man mit

der Transformation soziale und ökologische Ziele verfolge. Hier bedürfe es politischer Steuerung sowie der Ausweitung von Mitbestimmung und der Demokratisierung der Wirtschaft.

### **Nachhaltige Mindeststandards für Fördermittel**

Sabine Yacoub, Vorsitzende des BUND Rheinland-Pfalz schließt in ihrem Vortrag an den Start des Workshops an, indem sie die Notwendigkeit der sozial-ökologischen Transformation im Rahmen der Strukturwandelprozesse betont. Insbesondere bei Fördermitteln und -programmen für den Strukturwandel, aber auch für die Krisenbewältigung sollten nachhaltige Mindeststandards gelten sowie zukunftsfähige Branchen und Wirtschaftszweige unterstützt werden. Darüber hinaus müsse man über die Wohlstandsdefinition nachdenken, Systemfragen stellen und entsprechende Rahmenbedingungen schaffen.

### **Diskussion über Herausforderungen und Chancen**



Neben den Inhalten der ersten drei Inputs wird u.a. die folgende These diskutiert: die enormen Veränderungen und Umbrüche einer Transformation erfordern eine grundsätzliche politische Auseinandersetzung mit Systemfragen der Gemeinwohlorientierung und der Demokratisierung von Wirtschaft, Wohlmessung, Kreislaufwirtschaft, globalen Lieferketten, Regionalität und Verstaatlichung. Darüber hinaus tauschen sich die Teilnehmenden über die Kopplung des Strukturwandels

an den Konsum aus. Denn um ein nachhaltiges Leben zu vereinfachen, seien Konsumfragen (bspw. Energiesparen, Ressourcenschonung) zentral. Doch die alleinige Verantwortung den Verbraucher\*innen zu übertragen, wird dabei kritisch gesehen. Notwendig seien z.B. umfassende Bildungsmaßnahmen und/oder Verbote.

### **Notwendige Maßnahmen und Handlungsempfehlungen**

Die Teilnehmenden stimmen darin überein, dass der Umgang mit der Corona-Pandemie die Handlungsfähigkeit des Staates aufgezeigt hat. Dieser solle auch für einen sozial-ökologischen Strukturwandel aktiv werden, denn soziale und ökologische Ziele würden nur verfolgt, wenn klare Rahmenbedingungen herrschten und Zielkonflikte durch politische Steuerung adressiert würden. Die folgenden vier Maßnahmen<sup>3</sup> werden als prioritär bewertet und richten sich als Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung:



1. Strukturwandel als Querschnittsthema und sozial-ökologischer Transformationsprozess verstehen, der Handlungs- und Umsetzungsaktivität aller sowie Priorisierung erfordert
2. Gute Formate für Teilhabe und Mitbestimmung der Zivilgesellschaft sowie Bürger\*innen
  - Gemeinsame Erarbeitung eines Leitbilds (wie soll gute Arbeit und Leben aussehen?)

<sup>3</sup> Teilweise wurden diese Maßnahmen im Nachgang aus Gründen der Konkretisierung leicht angepasst.

- Regionalentwicklung und Strukturwandel zusammendenken: um bei der Perspektivlosigkeit der Jugend eine Bindung zu schaffen, sind Motivation und Mandat für die Jugend wichtig. Dafür müssen eigene Formate und Strukturen für Teilhabe (bspw. Jugendrat) geschaffen werden
  - Teilhabe und Mitbestimmung: gute Instrumente für erfolgreiche Beteiligung sind wichtig, dabei sollten auch neue Strukturen demokratischer Teilhabe- und Entscheidungsprozesse mitgedacht werden
3. Staatliche Leitplanken und Orientierung auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen entwickeln (Rahmenbedingungen schaffen, strategische, sektorübergreifende und verbindliche Nachhaltigkeitsziele im Rahmen von Nachhaltigkeitsstrategien, klares Ordnungsrecht, datenbasiertes Monitoring, Transparenz, Standards)
  4. Steuerungsmacht des Geldes nutzen – ohne Nachhaltigkeit kein Geld (Nachhaltigkeitshaushalte, zukunftsfähige Wirtschaftsförderung, Nachhaltigkeitskriterien für Fördermittel, Abschaffung klimaschädlicher Subventionen, Anreize setzen, nachhaltige Geldanlagen der öffentlichen Hand)

Darüber hinaus gehen folgende weitere Ergebnisse aus der Diskussion hervor:

5. Systemfragen der Gemeinwohlorientierung und Demokratisierung der Wirtschaft, Wohlstandsmessung, Kreislaufwirtschaft, globale Lieferketten, Regionalität und Verstaatlichung stärker in den politischen Diskurs einbinden
6. Strukturwandel an Konsumfragen (bspw. Energiesparen, Ressourcenschonung) koppeln und damit nachhaltiges Leben vereinfachen

# Ergebnisdarstellung

Um die Ergebnisse der einzelnen *bRENNpunkte* auszutauschen, werden die zentralen Handlungsempfehlungen, die innerhalb der *bRENNpunkte* erarbeitet wurden, von drei RENN.west-Vertreter\*innen dem Gesamtplenum vorgestellt.

Die Ergebnisse aus dem *bRENNpunkt* Landwirtschaft & Biodiversität stellt Ana Stevanović von der LAG 21 NRW vor. Die Forderungen richten sich alle an die Bundesregierung, die sich auf der EU-Ebene für politische Veränderungen einsetzen soll. Im *bRENNpunkt* Klimawandel & Corona-Pandemie fokussieren die Teilnehmenden insbesondere die Managementregeln der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und die Leitlinie der Agenda 2030 „Leaving no one behind“. Patrick Weirich von ELAN stellt die sechs zentralen Eckpunkte vor. Auch im *bRENNpunkt* zum Thema Strukturwandel gab es eine gute Diskussion auf hohem Niveau. Die Workshop-Teilnehmenden definieren Strukturwandel als Querschnittsthema und sozial-ökologischen Transformationsprozess und tauschen sich ausführlich über die Belange der jungen Generation aus. Michael Matern vom Umwelt-Campus Birkenfeld stellt die Ergebnisse dem Plenum vor.



Über ein digitales Abstimmungs-Tool können die Teilnehmenden der RENN.west ARENA abstimmen, welche Themen bei dem anschließenden Fachaustausch mit Dr. Marc-Oliver Pahl, Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung, aufgegriffen werden sollen – je *bRENNpunkt* wurden zwei ausgewählt. **Die Abstimmung ergab die folgenden sechs zentralen Eckpunkte:**

*bRENNpunkt* Landwirtschaft & Biodiversität

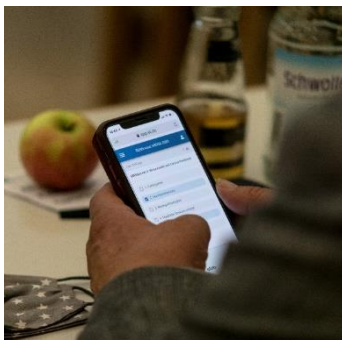
1. Erfüllung einer Steuerungsfunktion im Sinne der SDGs durch eine reformierte GAP
2. Definition von Nachhaltigkeitsstandards auf EU-Ebene

*bRENNpunkt* Klimawandel & Corona-Pandemie

3. Klimagerechtigkeit im Sinne des Verursacherprinzips stärken (Beispiel starkes Lieferkettengesetz)
4. Staatliche Strukturvorsorge verbessern (Beispiel: Klimafonds einrichten)

*bRENNpunkt* Strukturwandel

5. Staatliche Leitplanken und Orientierung auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen entwickeln
6. Steuerungsmacht des Geldes nutzen – ohne Nachhaltigkeit kein Geld!



*Alle zentralen Ergebnisse wurden nochmals gesondert in einem Eckpunktepapier zusammengefasst, das auf der RENN.west Homepage heruntergeladen werden kann.*



# Fachaustausch zu den Impulsen aus den *bRENNpunkten*: Kurskorrekturen & Handlungsansätze für eine Nachhaltige Entwicklung

In einem gemeinsamen Austausch werden anschließend die in den *bRENNpunkten* erarbeiteten Handlungsansätze für eine sozial-ökologische Transformation diskutiert. Unter der Moderation von Dr. Hannah Büttner debattiert der Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Dr. Marc-Oliver Pahl mit Meike Packeiser (Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft), Michael Hauer (Energieagentur Rheinland-Pfalz) und Carina Webel (Arbeitskammer des Saarlandes).

## ***bRENNpunkt* Landwirtschaft & Biodiversität**

---

Eckpunkte:

1. Erfüllung einer Steuerungsfunktion im Sinne der SDGs durch eine reformierte GAP
2. Definition von Nachhaltigkeitsstandards auf EU-Ebene

Zu den Eckpunkten aus dem *bRENNpunkt* Landwirtschaft & Biodiversität diskutiert Meike Packeiser, Fachgebietsleiterin Nachhaltigkeit und Entwicklung ländlicher Räume der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), mit Dr. Marc-Oliver Pahl.

Dr. Marc-Oliver Pahl merkt an, dass in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) auf höchster Abstraktionsebene der Bezug zu den SDGs stehe und auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sich mit ihrem European Green Deal dazu bekannt habe. Jedoch stehe aktuell die unmittelbare Krisenbewältigung im Fokus und es gelte erhebliche Widerstände zu überwinden. Der RNE erarbeite derzeit eine Stellungnahme zu Ernährungssystemen, in der u.a. auch thematisiert werde, wie der Fleischkonsum durch Maßnahmen und Anreize verringert und verändert werden kann. „Welche Maßnahmen die richtigen sind, sei aber noch nicht beschlossen – ich hoffe auf innovative Elemente“, so Dr. Pahl.

Meike Packeiser betont, dass die große Herausforderung sei, alle Landwirt\*innen mitzunehmen – denn deren Existenz hänge an der GAP. Es sei außerdem auch eine Chance, das durch die Corona-Krise veränderte Bewusstsein für eine als systemrelevant erkannte Landwirtschaft proaktiv zu nutzen. „Eine Definition von Nachhaltigkeitsstandards wäre wichtig, um Landwirtschaft auch wieder positiv zu besetzen“, unterstreicht Meike Packeiser. Dr. Pahl spricht sich dafür aus, einheitliche Standards in der gesamten Lebensmittelkette voranzutreiben. Durch die große Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels sei dies allerdings auch ein schwieriges Unterfangen.



Reiner Mathar von der ANU Hessen merkt in einer Publikumsfrage an, dass die Umsetzung des Ansinnens, alle Bürger\*innen mitzunehmen, schwierig werden könne. Er beobachte nach wie vor eine Lagermentalität in der Landwirtschaft und wünsche sich mehr Selbstreflexion des Bauernverbands. Meike Packeiser erwidert, dass die Lagermentalität durch den Klimawandel aufgeweicht sei – die Landwirtschaft sei Verursacherin und Betroffene zugleich. Reaktionen darauf seien feststellbar: Fruchtfolgeausweitung, optimierte Düngerausbringung durch technischen Fortschritt oder ökologische Vorrangflächen. Mehr Flexibilisierung der Förderung sei hier wünschenswert – insbesondere im Hinblick auf regionale, naturräumliche Ansätze – und

mehr Beratung der Landwirt\*innen. Dr. Marc-Oliver Pahl sieht auch einige ernst zu nehmende Bewegungen aus dem Lager der Landwirt\*innen heraus, wie z.B. die „Nachhaltigkeitsoffensive“ des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes. Um Biodiversität in der Agrarlandschaft zu fördern, seien Maßnahmen wie Blühstreifen aber zu kleinteilig – hier müsse größer und in regionalen Zusammenhängen gedacht werden und es sei auch die Digitalisierung mitzudenken und darüber z.B. gezieltere Düngung zu erreichen. Zielkonflikte und auch Verlierer\*innen werde es immer geben in der Nachhaltigkeitsdebatte, damit müsse man umgehen. „Trotzdem muss man die große Mehrheit der Bevölkerung nicht zum Stillstand verdammen“, lautet hier sein Fazit.



Meike Packeiser fragt Dr. Marc-Oliver Pahl zu seiner Einschätzung der Taxonomie auf EU-Ebene zu Sustainable Finance. Dieser hält die Taxonomie zum einen für einen wichtigen Hebel, zuvor müsse es aber eine Einigung auf Nachhaltigkeitsstandards geben. Außerdem berücksichtige die Taxonomie auf EU-Ebene bislang noch keinerlei soziale Aspekte. „Das kann nicht sein, die Leute müssen mitgenommen werden“, bekräftigt Dr. Pahl und betont, dass es einen sozialen Ausgleich geben und man darum auch kämpfen müsse.

## **bRENNpunkt Klimawandel & Corona-Pandemie**

---

Eckpunkte:

1. Klimagerechtigkeit im Sinne des Verursacherprinzips stärken
2. Staatliche Strukturvorsorge verbessern

Den *bRENNpunkt* Klimawandel und Corona-Pandemie vertritt Michael Hauer, Geschäftsführer der Energieagentur Rheinland-Pfalz, auf dem Podium. Nach einer kurzen Einschätzung zur „Doppelten Krise“ fasst er insbesondere die zwei zuvor ausgewählten Prämissen nochmals zusammen. Zunächst geht er auf die staatliche Strukturvorsorge ein und erläutert, inwiefern die Kosten des Ausbaus erneuerbarer Energien ungerecht verteilt seien. Er plädiert aufgrund der Ergebnisse aus dem *bRENNpunkt* u.a. dafür, einen höheren Anteil der EEG-Umlage aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Privathaushalte seien durch die Umlage höher belastet als bspw. Teile der energieintensiven Industrie, die von der sog. „Besonderen Ausgleichsregelung“ profitieren. Die Versorgung mit erneuerbarem, sauberem und bezahlbarem Strom sei Teil der Daseinsvorsorge des Staates. Netze gehörten laut Michael Hauer sowohl im Globalen Norden als auch im Globalen Süden in staatliche bzw. kommunale Hand. Es sei auch Teil der Neuausrichtung der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge, die dezentrale Eigenstromversorgung zu fördern, statt durch Barrieren zu benachteiligen.



Im Weiteren geht Michael Hauer auf das Verursacherprinzip ein. Der im Klimapaket vorgesehene CO<sub>2</sub>-Preis gebe die tatsächlichen gesellschaftlichen Folgekosten von CO<sub>2</sub>-Emissionen, trotz sukzessivem Anstieg, nicht annähernd wieder. Um durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung eine wesentliche Lenkungswirkung zu erzielen und Klimaschutz sozial gerecht zu gestalten, solle das Verursacherprinzip stärker Berücksichtigung finden. Weiterhin sei ein Lieferkettengesetz ein entscheidender Hebel, um ökologische und soziale Negativfolgen unseres nationalen Wirtschaftens nicht ins Ausland zu verlagern und die Produktversorgung in Deutschland gerecht zu gestalten, so diskutiert im *bRENNpunkt*.



Dr. Marc-Oliver Pahl pflichtet Michael Hauer und den Ergebnissen des *bRENNpunkts* bei und geht zunächst auf die Energiewende ein, die ins Stocken geraten sei. Das EEG beispielsweise sei inzwischen so kompliziert, dass man eine ganze Doktorarbeit darauf verwenden könne, um Ausnahmen und Ausgleichs-Verteilungsregeln zu verstehen, so Dr. Pahl. Hier gebe es grundsätzlichen Nachsteuerungsbedarf. Der Effekt der EEG-Um-

lage habe zwar zur Förderung der Erneuerbaren beigetragen, nun müsse jedoch der Umlagemechanismus wieder verschlankt und vereinfacht werden, um Hürden, z.B. bei Eigen- und Mieterstrom durch PV-Anlagen abzubauen.

Bezüglich des CO<sub>2</sub>-Preises stimmt Dr. Pahl zu: „Klimaschutz muss ins Zentrum rücken“. Der CO<sub>2</sub>-Preis müsse so etwas wie ein Leitpreis in unserer Wirtschaft sein. Er fordert einen CO<sub>2</sub>-Preis in Höhe von 180-200 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>, der den Anstrengungen des Pariser Klimaabkommens und damit den tatsächlichen Folgekosten gerecht würde. Hier müsse sich die Industrie anpassen. Es sei „falsch, Klimaschutz als add-on zu betrachten“. Er müsse ins Zentrum der politischen Debatten gerückt werden, denn mit den aktuell angesammelten Staatsschulden könne man es sich nicht leisten, die Weichen falsch zu stellen und später nachzusteuern – „das ist ein Learning aus Corona“, so Dr. Pahl. Er kündigt an, dass sich der RNE bis zur Bundestagswahl 2021 intensiv mit der Energiewende befassen werde.

Mit Blick auf die EU und die Unterstützung des Globalen Südens merkt Dr. Pahl an, dass durchaus zu verzeichnen sei, dass Gelder für den Globalen Süden reduziert würden. Jetzt bei den Zahlungen an die Ländern des Globalen Südens zu sparen, könne nicht Sinn und Zweck sein.

## ***bRENNpunkt* Strukturwandel**

Eckpunkte:

1. Staatliche Leitplanken und Orientierung auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen entwickeln
2. Steuerungsmacht des Geldes nutzen – ohne Nachhaltigkeit kein Geld!

Den *bRENNpunkt* Strukturwandel und Corona-Pandemie vertritt Carina Webel, Referatsleiterin bei der Arbeitskammer des Saarlandes auf dem Podium. Sie fasst noch einmal kurz die Diskussion im Workshop zusammen und geht dann auf die beiden ausgewählten Thesen ein. Zunächst macht sie deutlich, dass der Strukturwandel auch und besonders im Saarland von zwei Seiten angetrieben werde: durch technologische Innovationen besonders im Bereich der Digitalisierung und durch politische Vorgaben im Zusammenhang mit Klimaschutz. Die Betroffenheit der Sektoren sei hierbei sehr unterschiedlich, jedoch würden der Automotive-Sektor und die Stahlindustrie in besonderer Weise tangiert. Beides seien Branchen, die eine hohe Wertschöpfung generieren und wesentlich die Wirtschaftsleistung tragen. Vor diesem Hintergrund sei ein handlungsfähiger Staat eminent wichtig, der sich allerdings nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf EU-Ebene deutlicher positionieren müsse.



Direkt damit verbunden sei der Komplex der Fördermittel und Investitionsanreize. Hier sei besonders in den letzten 12 Monaten durch Klimaschutzpaket, European Green Deal, Recovery

Europe und Corona-Hilfen eine starke Dynamik ausgelöst worden. Diese müsse noch stärker in Richtung sozial-ökologischer Transformation ausgerichtet werden. Allerdings vermisst Weibel besonders die soziale Komponente und wünscht sich ein deutlich stärkeres strategisches Vorgehen für eine erfolgreiche Transformation.



Dr. Marc-Oliver Pahl unterstützt diese Ansicht und weist darauf hin, dass manche Entwicklungen in die richtige Richtung gingen. Im Kontext der Corona-Pandemie habe sich eben gezeigt, dass die staatlichen Akteure und Institutionen in der Lage seien, deutlich und schnell zu Handeln. Aus seiner Sicht sei es bedeutsam, den technologi-

schen Wandel – hier Digitalisierung – mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung zielführend zu verknüpfen. Die Chancen der Digitalisierung in den Bereichen Effizienzsteigerung und erhöhte Geschwindigkeit von Veränderungsprozessen sollten für die Transformation und deren schnellere Umsetzung genutzt werden. Weiterhin sieht er eine hohe Veränderungsdynamik im Automobilsektor, der durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung noch zunehmen würde.

Dr. Pahl stimmt auch der Analyse zu, dass im Rahmen der Veränderung von Förderkriterien und Förderlandschaften soziale Verwerfungen stärker beachtet werden müssten. Hierbei seien Partizipationsprozesse von hoher Relevanz, da die Beteiligung breiter gesellschaftlicher Gruppen die sozialen Verwerfungen abzumildern helfe.

Die Moderatorin Hannah Büttner zieht ein Fazit: die Diskussionen im Fachaustausch hätten gezeigt, dass die Corona-Krise in den unterschiedlichen Themenfeldern die verschiedensten Schwachstellen offengelegt habe. Und trotz einiger Diskussionen über die konkrete Ausgestaltung sei man sich auf dem Podium einig, dass die Krise als Chance für Weiterentwicklungen und eine Transformation genutzt werden müsse. Abschließend bedankt sich Büttner bei den Diskutant\*innen für den fokussierten und konstruktiven Austausch über die in den *bRENNpunkten* erarbeiteten Ergebnisse.



## Schlussworte

**Dr. Klaus Reuter**, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) | Konsortialführer RENN.west

---

Dr. Klaus Reuter bedankt sich für die Fokussierung in den *bRENNpunkten* und die Tiefe und Qualität der erarbeiteten und im Plenum diskutierten Ergebnisse. Mit der RENN.west ARENA seien die selbstgesteckten Handlungsschwerpunkte von RENN.west „Wissensaustausch fördern“, „Akteure vernetzen“, „SDGs umsetzen“ und „Politik mitgestalten“ praktisch erfahrbar geworden.



Es sei wichtig gewesen, sich auf der diesjährigen RENN.west-ARENA insbesondere mit den sogenannten „Off-Track Goals“ auseinanderzusetzen. Schließlich seien gerade die Themen Landwirtschaft, Klimaschutz und Strukturwandel wichtige Schlüsselthemen einer Nachhaltigen Entwicklung und durch die Konjunkturpakete im Zuge der Corona-Pandemie zurzeit im Fokus. Dr. Klaus Reuter erläutert, man dürfe jetzt nicht lockerlassen.

Politisches Handeln müsse auch und besonders in Krisenzeiten in der Öffentlichkeit hinterfragt werden.

„Dr. Marc-Oliver Pahl hat geschildert, dass wir als RENN eine gewisse Nähe zur Basis haben. Wir sind mit Praktiker\*innen vor Ort, aus NGOs, aus Kommunen und mit vielen weiteren Akteuren im Austausch und Kontakt. Unsere Aufgabe sehen wir darin, deren Impulse zu sammeln und weiterzugeben“, so Dr. Reuter. Dabei komme RENN Folgendes zugute: Die Nähe zu Entscheidungsprozessen sei den RENN schon in die Wiege gelegt, da die Netzstellen vom Bundeskanzleramt in enger Zusammenarbeit mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung eingesetzt worden sind.

Dr. Klaus Reuter ist überzeugt, der Zeitdruck zur Bearbeitung und Lösung der vorangehend diskutierten drängenden Themen lasse keine andere Wahl - es sei ein Muss, die Corona-Krise als Chance für neue Entwicklungen zu nutzen. Diese Gelegenheit nun verstreichen zu lassen, wäre fatal, so Dr. Reuter. Hier seien alle Entscheidungsebenen gefragt.

Abschließend dankt Dr. Klaus Reuter allen Beteiligten, die zum Gelingen der diesjährigen RENN.west ARENA beigetragen haben.

Die Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West (RENN.west) ist ein Netzwerk aus Nachhaltigkeitsakteuren in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, das Ende 2016 mit der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zusammen mit drei weiteren regionalen Netzwerken gegründet wurde. Ziel der RENN.west ist es, zum Wissensaustausch anzuregen, gute Lösungsansätze zu verbreiten und die politischen Rahmenbedingungen für eine Nachhaltige Entwicklung Deutschlands weiterzuentwickeln.



## Impressum

Herausgeber / Copyright:

Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West  
Deutsche Str. 10  
44339 Dortmund  
+49 (231) 936960-12  
west@renn-netzwerk.de

V.i.S.d.P.:

Dr. Klaus Reuter  
Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.  
Konsortialführung RENN.west  
Deutsche Straße 10  
44339 Dortmund  
www.lag21.de

## Redaktion

Daniela Baum (Germanwatch e.V.), Jennifer Gatzke (Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Hessen e.V.), Michael Matern (Umweltcampus Birkenfeld der Hochschule Trier), Marlén Münning (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.), David Schwarz (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.), Ana Stevanović (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.), Mona Rybicki (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.), Patrick Weirich (Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz)

## Weitere Informationen

www.renn-netzwerk.de/west  
@RENNwest

## Bildnachweise

RENN.west // Dirk Michler